

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Quartalsjahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 1078.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Generalversammlung. — Gewerkschaftskongress. — Wiederinslebentreten unserer Internationale. — An die organisierten Arbeiter aller Länder. — Wohnungsfrage und Sozialismus. — Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte. — Textilarbeiterkonferenz für Rheinland. — Gaukonferenz für den Gau 9 (Blauen-Bogtland) (I). — Aktionsauschuss. — Zehnter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Generalversammlung.

Die Kreise 21 und 22 sind umgeändert und wie folgt eingeteilt:
21. Kreis: Göttingen, Grono, Weende. Wahlort: Grono.
22. Kreis: Gattorf, Lauterbach, Schlotheim, Schleusingen. Wahlort: Schlotheim.
Im Gau Stuttgart ist ein neuer Kreis 56a hinzugekommen, bestehend aus den Filialen: Vietigheim, Badnang und Waiblingen. Wahlort: Badnang.

Gewerkschaftskongress.

Als Kandidaten sind noch nachzutragen:
1. Wahlkreis: Döbler, Hannover, Frauböse, Hamburg.
2. Wahlkreis: Die Kandidatur Mathies wird zurückgezogen, es bleiben somit nur noch 2 Kandidaten: Bierwirth, Bielefeld, und König, Braunschweig.
6. Wahlkreis: Hoshka, Stuttgart, Bippke, Göttingen. Glanzmann, Vörrach. Zum Wahlkreis 6 wählt noch die Filiale Waldtrich.

Wiederinslebentreten unserer Internationale.

Vom Sekretär unserer internationalen Organisation ging uns folgendes Schreiben zu:
Colne, Lancs., England.

Werter Kollege!

Das Internationale Komitee wird sich im Volkshaus in Bern (Schweiz) am 6. Juni um 1/211 Uhr vormittags versammeln und Sie sind hiermit eingeladen, mitzutheilen, was Sie in dieser Versammlung vorzubringen wünschen. Die Versammlung dauert zwei Tage. Um eine vollständige Tagesordnung zu haben, ist es notwendig, daß alle Sachen, die zur Besprechung gelangen sollen, sofort mitgeteilt werden. Ich werde die eingesandten Traktanden zusammen mit den Punkten, die ich selbst vorzubringen wünsche, ordnen und so die verschiedenen Punkte, die zur Besprechung gelangen sollen, klassifizieren. Laut Internationaler Statuten haben alle Länder das Recht, zwei Mitglieder im Komitee zu haben, dürfen aber nicht mehr zur Konferenz senden. Die Auslagen eines Vorstandsmitgliedes von jedem Land werden aus dem Internationalen Fonds vergütet werden. Länder, die mehr wie einen Abgeordneten senden, müssen die Kosten des zweiten selbst tragen.

Ich hoffe, daß Ihr Land vertreten sein wird und verbleibe mit kollegialen Grüßen
L. Scham.

Das ist der Wiederbeginn unserer internationalen Tätigkeit. Seit dem Juni 1914, also genau fünf Jahre werden es beim Zusammentritt in Bern sein, war diese Tätigkeit unterbrochen. Im Juni 1914 tagte in Blackpool in England der internationale Textilarbeiterkongress, auf dem noch einmütig ein Beschluß gegen die kriegerischen Absichten der Regierungen gefaßt wurde. Das war ein Beschluß, der sich gegen die allgemeine Gewitterwolke, die infolge der unausgesehenen Kriegsrüstungen über Europa lagerte, richtete. Daß der Krieg so nahe, daß abnte in Blackpool keiner der anwesenden Delegierten: wenige Wochen nach dem Kongress brach das Unheil los und raffte von einem Ende Europas zum andern. Seine Wirkungen kennen wir alle zur Genüge.

Unser Kollege Koshke, der die Resolution gegen den Krieg begründete, hat sich später selber gewundert, daß der Krieg viel näher war, als er glaubte. Wir sagten damals scherzweise, er habe zwar laut genug gesprochen, doch nicht so laut, daß er überall in Europa zu hören gewesen wäre. Der Krieg brach aus.

Die „Feinde“ von gestern, die ehemals gute Freunde waren — und es auch trotz Alledem geblieben sind — sie sollen sich nun wieder zusammensuchen, um das Band wieder zu knüpfen, das so jäh und roh zerrissen wurde. Die Textilarbeiter, die sich durch ein halbes Jahrzehnt als Feinde gegenüberstanden, werden mit die ersten sein, die sich wieder brüderlich die Hände reichen und ihre gemeinsame Tätigkeit zu Nutz und Frommen der Textilarbeiter aller Länder wieder aufnehmen.

Unser Verband wird selbstverständlich auf der Konferenz vertreten sein.

Die Einladung zur Konferenz ist uns wieder durch die Vermittlung der Schweizer Kollegen zugegangen. Ihr Be-

gleitschreiben, in dem sie auch über einen erfreulichen Fortschritt ihres Verbandes berichten, sei hier wiedergegeben:

Zürich, den 6. Mai 1919.

An die
Textilarbeiterverbände Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns.

Werte Kollegen!

Im Auftrage des Kollegen Schaw übermittle Ihnen die Einladungen zu der bereits per Karte abiserten Sitzung des Internationalen Bureaus der Textilarbeiter und gebe meiner und der Schweizer Kollegen Freude Ausdruck, daß die Schweiz dazu auserkoren worden ist, die lieben Kameraden der Internationale nach so langem Unterbruch erstmals wieder beisammen zu sehen. Wir werden einander viel zu berichten haben und gar vieles regeln müssen, das im Interesse unserer Textilproletarier liegt und mit der neuen Zeit korrespondiert. Wir sind glücklich, Ihnen berichten zu können, daß die 48-Stundenwoche in der Textilindustrie der Schweiz fast durchweg eingeführt ist, beziehungsweise bis Juni eingeführt wird. Unser Verband ist von 2300 Mitgliedern der Textilfabrikbranche vor dem Krieg auf heute 16'000 angewachsen, die kürzere Arbeitszeit wird den Leuten die Möglichkeit geben, mehr über ihre Verhältnisse nachzudenken und dadurch, hoffen wir, wird die Organisation mächtig wachsen.

Wir anerkennen uns, weiterhin den Verkehr mit dem Kollegen Schaw zu vermitteln; es wird auf alle Fälle sehr gut sein, wenn Sie uns alle die Konferenz berührenden Schriftstücke sehr rasch zustellen.

Zum voraus herzliche Willkommgrüße.

E. Marti, Präsident, Aderstraße 58, Zürich V.

An die organisierten Arbeiter aller Länder).

Arbeiter! Genossen!

Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abscheu Kenntnis genommen von der brutalen Erdrosselung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekanntgegebenen „Friedens“bedingungen herbeiführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, daß die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden in schlimmster Art dar. An Stelle des versprochenen Rechtsfriedens, der die Veröhnung der Völker und das Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Volk von 70 Millionen zu Gelenten und Sklaven des alliierten und assoziierten Kapitals der Weststaaten gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen wichtige Teile unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unseres Ernährungslandes, das ohnehin für unsere Volksernährung bei weitem nicht ausreicht, 35 Proz. unserer Kohlengebiete und mehrere der wichtigsten Erzlager werden gewaltsam von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annektiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweite der Welt war, wird an die 10. Stelle herabgedrückt, sobald der durch den Gewaltfriedensvertrag begründete Raub der deutschen Handelsschiffe erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unermeßlicher und noch nicht endgültig festgesetzter Kriegsschuldungen auferlegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Lohnsklaven der Kapitalisten der Weststaaten. Für die nächsten fünf Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherrlich festzusetzenden Milliarden an Barzahlungen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenausfuhr überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von 10,38 Millionen Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen geradezu unerhörten wirtschaftlichen Fesseln wird unsere ganze Industrie lahmgelegt und die deutschen Arbeiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Das ist der „Frieden“, den die Staatsmänner der feindlichen Mächte dem deutschen Volke auferlegen wollen, nachdem es im Vertrauen auf den versprochenen und von allen Krieg-

*) Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände beschloß, zu den Friedensbedingungen der Entente diesen Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder zu erlassen.

führenden angenommenen Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen Sozialdemokratie an die Peripherie des Sozialismus heranzugehen entschlossen war. Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit anderen Mitteln bewerkstelligte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitsrecht. Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterschutzkonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bureaukraten und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefaßten Mehrheitsbeschluß abzulehnen. Da der neue Völkerbund zunächst weder Rußland noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeiterrechte von dem internationalen Großkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine Veröhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Trutzbündnis des Kapitals gegen den internationalen Arbeiterklub.

So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag“ der Entente-Staatsmänner als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchien vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Befundung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückgefallen zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

Wohnungsfrage und Sozialismus.

In seinem dritten Briefe an die deutschen Arbeiter kommt Parvus auch auf die Rolle zu sprechen, die der Sozialismus in der Wohnungsfrage spielen wird. Er sagt:

Der Kapitalismus hat gewaltige Menschenmassen in den Großstädten zusammengebracht. Es stiegen die Bodenpreise, die Baukosten, der Mietzins. So entstand das städtische Wohnungselend.

Es wäre aber bei Alledem ein verhängnisvoller Irrtum, durch den man sich selber die Ausschau auf die Abhilfe verschließen würde, wollte man übersehen, daß der Kapitalismus zugleich eine Revolution im Baugeschehen herbeigeführt hat, die einen gewaltigen Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen bedeutet. Die modernen Städte, mit ihren Bauten aus Eisen, Stein, Beton, ihren Kanalisationen, Schlachthöfen, Straßenspasterungen, ihren Verkehrsmitteln, Lichtanlagen usw. führen uns sowohl in bautechnischer wie in sanitärer Beziehung weit hinaus über die alten Zustände. Die Bourgeoisie ging dabei auch sehr resolut zu Werke, indem sie die alten Winkelgäßchen niederlegte.

Aber alle diese Verbesserungen steigerten erst recht die städtischen Bodenpreise, die ärmere Bevölkerung wurde nach den Außenbezirken herausgedrängt und das Elend der überfüllten Wohnung nahm die gräßlichsten Formen an.

Die kapitalistischen Verhältnisse legen der Wohnungsreform schier unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Denn auch Genossenschaften, Gemeinden und andere soziale Körperchaften, die Wohnhäuser bauen, ohne vom Mietzins profitieren zu wollen, müssen mit der städtischen Grundrente, mit den kolossal gestiegenen Bodenpreisen rechnen. Um diesen zu entgehen, flieht man nach den Vororten, indem man zugleich die Verkehrsmittel ausbaut. Aber noch schneller als die Vorortbahnen verbreitet sich die Boden Spekulation, die im voraus die Bodenpreise steigert. Die Gemeinden suchen dem vorzubeugen, indem sie selber das Land in der Umgebung aufkaufen. Allein auch das steigert die Bodenpreise, außerdem findet die Ausdehnung der Vororte ihre räumlichen bzw. verkehrstechnischen Grenzen.

Wie anders gestaltet sich die Frage in der sozialistischen Gesellschaft.

Schon der Wirtschaftskomplex, wie wir ihn zur Grundlage der Sozialisierung der Gesellschaft angenommen haben, umfassend die Eisenbahnen, den Bergbau, die Eisenindustrie, die Wasserkraft, die Elektrizitätswerke, die Straßenbahnen, die Gemeindebetriebe, die Maschinenindustrie, beschäftigt auf

dem Gebiete des Deutschen Reiches eine Bevölkerung, die mehrere Millionen Wohnungen braucht. Wenn nun die Wohnungen dieser Millionen schlecht und teuer bleiben, kann leicht der Beschluß gefaßt werden: bauen wir uns unsere Wohnungen selbst.

Faßt man das gesamte Problem ins Auge, für die Millionen Arbeiter der sozialisierten Betriebe, Staatsbeamte usw. Wohnungen zu bauen, so ergeben sich enorme Möglichkeiten.

Finanzielle Schwierigkeiten kann es keine geben, da doch die Mittel für die Wohnungen aus dem Gehalt bzw. den Löhnen bezahlt werden, die diese Millionen Arbeiter und Angestellte der sozialistischen Betriebe von den Betriebsleitungen erhalten. Das Personal kann wechseln, aber der Bedarf an Personal ist immer vorhanden und folglich auch an Wohnungen.

Das Bauen wird der sozialistischen Betriebsleitung schon deshalb billiger zu stehen kommen, weil sie die Steine und das Eisen sich aus den eigenen Produktionsmitteln holt und auf den eigenen Eisenbahnen befördert, vor allem aber, weil sie den Bau von vielen tausenden Häusern auf einmal nach gemeinsamem Plan unternehmen kann.

Schließlich in der Frage der Grundrente hat der Sozialismus von vornherein einen weiteren Spielraum, weil er, wenn es sein muß, bis zu gewissen, gar nicht allzu engen Grenzen eine neue Verteilung der Ansiedlungen vornehmen kann. Er kann auch neue Städte an Stelle der alten entstehen lassen.

Die Wohnungsfrage ist für den Sozialismus eine Baufrage. Die Baufrage ist eine Ansiedlungsfrage.

Wird uns das Bauen in Berlin zu teuer, dann bauen wir ein neues Berlin.

Berlin, wie es jetzt ist, kostet mit seinen Vororten kaum zehn Milliarden. Was hat das zu bedeuten gegenüber den Summen, mit denen der Krieg uns zu rechnen gelehrt hat!

Der Krieg hat architektonische Schätze zerstört von unermeßlichem Werte und fruchtbare Gebiete in Wüsteneien verwandelt, da wird man doch jetzt nicht davor zurückschrecken, die ungeheuren Steinhaufen niederzureißen, die den Massen in Großstädten Licht und Luft und Freiheit rauben, die Kinder ohne Sonnenschein, ohne Bewegung im Freien aufwachsen lassen, den Körper wie den Geist plump gestalten, Generationen zugrunde richten!

Der Wiederaufbau der Städte entsprechend den Forderungen des Allgemeinwohls, der Kultur, der Gesundheit und der Kunst ist in jeder Beziehung vorteilhafter, als der Umbau der alten Großstädte.

Aber, freilich, damit wäre der bisherige städtische Grundbesitz samt allen Interessen, die mit ihm zusammenhängen, einfach aufgehoben. Dieser hat darum das lebhafteste Interesse, es nicht soweit kommen zu lassen und durch Verbesserung und Verbilligung der Wohnungen die Mieter zurückzubalten. In dem Maße, wie der Sozialismus zur Durchführung seines groß angelegten Bauprogramms schreitet, müssen offenbar die Mietpreise in den alten Städten sinken. Sie werden um so mehr sinken, als die alten Wohnstätten es mit den neuen in bezug auf Bequemlichkeit nicht werden aufnehmen können.

So wird durch die fortschreitende Sozialisierung eine kapitalistische Bewegung ausgelöst, die ihr nicht entgegenläuft, sondern selber in das gleiche Fahrwasser einmündet. Die Gesetzgebung wird auch hier regelnd eingreifen müssen, um einen Ausgleich der Interessen und einen geordneten Uebergang zu schaffen.

Man wird dabei neben dem Wohnungsinteresse der einzelnen Haushaltung, das zur vollen Geltung gebracht werden muß, das Produktions- und Verkehrsinteresse sowie die allgemeinen Gesichtspunkte der Kultur zu berücksichtigen haben.

Die gegenwärtigen Großstädte sind nur zum Teil industriellen Ursprungs, oft sind es politische Zentren, die die Bevölkerung an sich zogen, die Industrie unter Ueberwindung mannigfaltiger Schwierigkeiten an sich rissen, dann kraft ihrer eigenen Masse und des auf ihr Interesse zugeschnittenen Verkehrsnetzes sich weiter entwickelten.

Die Ueberführung der Ansiedlungen zu einem rationellen System würde ein kultureller Segen sein und zugleich enorme Ersparnisse im Verkehr und in der Produktion schaffen, die wohl allein schon die Kosten des Umbaus bezahlt machen würden.

Der Städtebau im großen Stil ist ein Problem in der Art wie bisher der Bau von Eisenbahnen, die Ausnützung der Wasserkräfte, große technische Probleme, mit denen der Städtebau übrigens auch technisch und wirtschaftlich eng verbunden ist.

Barbus redet dann der Errichtung eines Reichsbauamts das Wort und sagt:

Das Reichsbauamt hätte vor allem das große Bauprogramm unter Berücksichtigung des privaten wie des öffentlichen Bedarfs, der Standorte der Industrie, der Hafenanlage, einer rationalen Verteilung des Verkehrs und der Produktion, der sanitären und künstlerischen Forderungen, der Bedürfnisse des politischen und kulturellen Zusammenlebens zu entwerfen. Es hätte die Fragen der technischen Mittel, der Materialbeschaffung und -zufuhr, der Arbeiterkraft und der bautechnischen Leitung, die Kostenfrage, überhaupt alle bautechnischen und finanziellen Fragen klarzulegen. Der Bau selbst dürfte nicht ausschließlich von einer Zentralstelle, sondern vom Staat, von den Gemeinden und von verschiedenen anderen sozialen Körperschaften ausgeführt werden, wobei aus den gegenseitigen Beratungen, dem Kampf der Meinungen und dem gegenseitigen Kräfteverhältnis es sich ergeben wird, wie das große Werk auf die einzelnen Organisationen verteilt sein wird. Soweit der Staat baut, kann das Reichsbauamt auch die Ausführung übernehmen, in allen Fällen aber wird es als bautechnische Zentrale sich betätigen, die durch gemeinsame Beschaffung von Material und technischen Hilfsmitteln die Arbeit der einzelnen Bauleitungen verbilligen und vereinfachen wird; es wird außerdem die allgemeine Kontrolle über die Durchführung der Grundlinien des gemeinsamen Bauprogramms behalten.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Schrift, organisatorische Details zu erörtern. Am allerwenigsten möchte ich schablonisieren. Ich gebe nur eine flüchtige Skizze der äußeren Umrisse, um dem Leser die Zusammenhänge zu zeigen.

Das Leben wird schon die entsprechenden Formen finden. So wird es sicher nicht sein, sondern mehrere Bauprogramme geben. Denn es ist unmöglich, mit einem Schlag das absolute Richtige zu treffen. Auch wird es Kompromißprogramme geben. Wie schon an anderer Stelle hervorgehoben worden ist, werden die städtischen Hausbesitzer alles aufbieten, um sich den Anforderungen der Wohnungsreform anzupassen. Man

darf das Hausherrinteresse nicht als kleines Gruppeninteresse auffassen. Durch die Grundschuld, bzw. die Hypothekendarlehen ist dieses Interesse in weite Kreise getragen, mit Industrie und Handel verbunden worden. Man ersieht daraus unter anderem, wie vorsichtig man sein muß in der Frage der Verstaatlichungen. Denn durch die Verstaatlichung der Hypothekendarlehen würde man offenbar die Verpflichtung übernehmen, die Hypothekengläubiger zu befriedigen, und würde sich dadurch selbst den Weg zur Durchführung der Wohnungsreform erschweren. Die Bankfrage braucht einer besonderen Erörterung im Zusammenhang mit dem Geldverkehr und der Finanzwirtschaft des Staates. In dieser Stelle genügt die Konstatierung, daß es für die sozialistische Wohnungsreform vorteilhafter ist, die Hypothekendarlehen frei wirken zu lassen, da sie von dem Moment an, wo der Raubkreis der Städte, in den die Einwohnerkraft gegenwärtig gebannt ist, gebrochen wird, zu einem gewaltigen Druckmittel auf die Hausbesitzer werden. So wird man sich besser auf einem Mittelweg finden können, der durch die Aufhebung der Grundschuld und des alten Grundbesitzes den Boden der Großstädte für die Wohnungsreform frei machen wird.

Das Einwegdekretieren des Kapitalismus ist eine Spielerei von Kindern und Narren, die noch an Beschwörungsmagie glauben, mit denen sie den Teufel austreiben wollen. Nur durch seine wirtschaftliche Ueberlegenheit schafft sich der Sozialismus Bahn. . . .

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte.

Zum neuen Gesetzentwurf über die Betriebsräte, der zurzeit im Reichsarbeitsministerium zur Beratung steht und am 15. Mai mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besprochen wurde, erfährt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von berufener Seite:

Nach § 1 sind in allen Betrieben, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden, Betriebsräte zu errichten. Auch die Landwirtschaft, Handels- und Verkehrsgewerbe mit Ausnahme der Schifffahrt (i. u.) fallen unter das Gesetz. Sind unter den Arbeitnehmern sowohl Arbeiter wie Angestellte vorhanden, so müssen beide Gruppen im Betriebsrat vertreten sein, dessen Mitgliederzahl je nach der Größe des Betriebes zwischen 3 und 25 schwankt. Wahlberechtigt sind alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die Wahlbarkeit ist an die Vollendung des 24. Jahres geknüpft.

Unter den Aufgaben, welche § 15 des Entwurfs dem Betriebsrate zuweist, befinden sich die folgenden: Die Betriebsräte haben über die Einhaltung der zum Besten der Arbeitnehmer gegebenen gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen der Tarifverträge zu wachen, mangels solcher im Einvernehmen mit den Berufsvereinen bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken, die Arbeitsordnung und deren Änderungen im Rahmen der geltenden Tarifverträge zu vereinbaren, das Einvernehmen zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitnehmern zu fördern. Bei Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber können die Betriebsräte den Schlichtungsausschuß oder eine vereinbarte Einigungsstelle anrufen, eine Bestimmung, die einer bisher bestehenden, sehr empfindlichen Unklarheit begegnet und eine wesentliche Fortbildung des bestehenden Rechtes darstellt. Zudem ferner die Betriebsräte eine ordnungsmäßige und geheime Abstimmung bei Arbeitsbedingungen vornehmen können, stellen sie eine wichtige Unterstützung der Berufsvereine dar, mit denen sie auch sonst Hand in Hand arbeiten sollen. Eine produktive Aufgabe wird ihnen zugewiesen, indem sie den Arbeitgeber bei der Betriebsleitung durch Rat unterstützen und für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistungen sorgen sollen, indem sie ferner in vergesellschafteten Unternehmungen Vertreter in die zur Leitung oder Ueberwachung der Bewirtschaftung eingesetzten Körperschaften entsenden. Zur Erfüllung dieser Aufgaben, und insbesondere der zuletzt genannten, kann der Betriebsrat vom Arbeitgeber Aufschluß über alle die Arbeitnehmerverhältnisse berührenden Betriebsvorgänge verlangen, soweit dadurch keine Betriebsgeheimnisse gefährdet werden und gesetzliche Bestimmungen nicht im Wege stehen. Insbesondere sind Lohnbücher vorzulegen und Bestände an Aufträgen mitzuteilen.

Besonders wichtig ist die Mitwirkung des Betriebsrates bei Einstellung und Entlassung der Arbeitnehmer. Nach § 20 hat der Arbeitgeber den Betriebsrat über Art und Umfang der Einstellungen oder Entlassungen zu hören, wenn solche durch Erweiterung, Einschränkung oder Stilllegung des Betriebes oder durch Einführung einer neuen Technik oder neuer Betriebs- und Arbeitsmethoden erforderlich werden. Der Arbeitgeber ist verpflichtet (§ 21), von jeder Einstellung eines Arbeitnehmers und, vor Ausspruch der Kündigung, von jeder Entlassung eines solchen, dem Betriebsrat Kenntnis zu geben. Ausgenommen sind Einstellungen oder Entlassungen, die auf einer durch Gesetz, Tarifvertrag oder gesetzlich anerkannten Schiedspruch auferlegten Verpflichtung beruhen und Entlassungen aus einem wichtigen Grunde, der nach dem Gesetze zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt. Doch soll auch in diesem Falle der Betriebsrat gehört werden.

Das hierbei einzuhaltende Verfahren wird im einzelnen geregelt. Stets sollen berechnete Interessen des Betriebes oder der Arbeitnehmerschaft des Betriebes Berücksichtigung finden. In Streitfällen entscheidet der Schlichtungsausschuß mit bindender Kraft. Fällt diese Entscheidung dahin, daß der Widerspruch gegen eine Einstellung berechtigt ist, so hat der Arbeitgeber den Eingestellten zum nächsten vertragsmäßig zulässigen Zeitpunkt zu entlassen. Wird der Widerspruch gegen die Kündigung als berechtigt erkannt, so gilt diese als von seiten des Arbeitgebers zurückgenommen. Gegebenenfalls ist ein erlittener Schaden zu ersetzen.

Textilarbeiterkonferenz für Rheinland.

Am 17. Mai tagte in der „Vorussia“ zu Warmen eine Konferenz der Filialvorstände und Branchenleitungen des Deutschen und des Christlichen Textilarbeiter-Verbandes aus dem rechtsrheinischen Bezirk, welche auch aus dem besetzten Gebiet stark besetzt war. Der Geschäftsführer unseres Verbandes, Struß, berichtete über das Ergebnis der am

15. Mai zu Ende geführten Verhandlungen durch den Ausschuß der Untergruppe „Rheinland“ der Arbeitsgemeinschaft der Textilindustrie. Struß führte u. a. aus, daß die Arbeitnehmervertreter bei den diesmaligen Verhandlungen angesichts der außerordentlich mißlichen Lage der Textilindustrie einen besonders schweren Stand hatten. Gewiß müsse man zugeben, daß noch immer keine Lohnsätze erreicht worden seien, die den heutigen Zeitverhältnissen entsprächen, aber andererseits bedeuten die neuen Vereinbarungen gegenüber dem jetzigen Tarif beträchtliche Verbesserungen, und es erscheine völlig ausgeschlossen, auf dem Verhandlungswege mehr zu erreichen. Inwieweit ein Streik mehr Erfolg bringen könnte, müsse dahingestellt bleiben. Redner erläuterte dann die einzelnen Paragraphen des Tarifvertrags und teilte mit, daß die Arbeiterschaft der rechtsrheinischen Textilbetriebe bis Donnerstag, den 22. Mai, in geheimer Abstimmung über die Annahme des Vertrags entscheiden solle. Fahrenbach vom Christlichen Textilarbeiter-Verbande sowie auch Paul-Konsdorf unterstützten die Ausführungen von Struß und empfahlen ebenfalls, unter den gegebenen Umständen für Annahme des Abkommens zu wirken. — Die Diskussionsredner sprachen sich dahin aus, daß die Lohnsätze zu niedrig seien, daß in der Metallindustrie und im Transportgewerbe weit höhere Löhne anerkannt worden seien. Bemängelt wurde insbesondere die im § 6 des Vertrags festgelegte Familienzulage, welche als „Wohlfahrts-einrichtung“ anzusprechen sei. — Nach der Aussprache wurden noch einige Ergänzungswahlen und die Wahl des Schlichtungsausschusses vorgenommen.

Gaukonferenz für den Gau 9 (Plauen-Vogtland).

Am Sonnabend, den 17. Mai, und Sonntag, den 18. Maitagte in Bunsiedel (Oberfranken) die ordentliche Gaukonferenz des Textilarbeiterverbandes für das Vogtland mit Oberfranken.

Nachmittags 2 Uhr eröffnete Dressel-Plauen die Gaukonferenz mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht des Gauvorstandes, 2. Unsere Tarifabmachungen (Referent: Dressel-Plauen), 3. Arbeitsgemeinschaft (Referent: Hahn-Plauen), 4. Gewerkschaften und Arbeiterräte (Referent: Sackel-Berlin), 5. Stellungnahme zur Generalversammlung, 6. Anträge der Filialen und Wahl des Gauvorsitzenden.

Ins Bureau werden gewählt: Kollegen Dressel und Hahn-Plauen als Vorsitzende, Schriftführer die Kollegen Böhning-Plauen und Martin-Delsnitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Thiemig-Bunsiedel die Delegierten und gab bekannt, daß durch den Fremdenverkehr auch in den Orten des Fichtelgebirges die Ernährungsfrage schwierig sei.

Dressel-Plauen berichtete über die Tätigkeit des Gauvorstandes in den letzten 5 Jahren während des Krieges und nach der Revolution. Schwere, bittere Zeiten stehen uns noch bevor. Es erscheine heute noch zweifelhaft, wie sich unser wirtschaftliches Leben aufbauen könne. Nach den Friedensbedingungen der Entente sehe es aus, als ob man Deutschland erdroffen wolle. Das Friedensdiktat ist aus kapitalistischen Anschauungen geboren. Redner hat die Hoffnung, daß der Kapitalismus durch den Sozialismus baldigst in allen Staaten der Entente erlegt werde. Der Widerstreit der kapitalistischen Interessen gibt dem Redner die Hoffnung auf die Weltrevolution. Leider gäbe es große Teile in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die da glauben, nur durch die Unterstützung des Kapitalismus könne unser daniederliegendes wirtschaftliches Leben aufgebaut werden. Er verlange Rationierung der Rohstoffe und vollkommene Zwangswirtschaft. Wir hätten in Deutschland 13 Reichswirtschaftsstellen, welche fast ausschließlich nach den Wünschen der Industriellen geleitet werden. Eine paritätische Zusammensetzung sei zu verlangen. Dementsprechende Eingaben an die Regierung sind bis heute noch nicht beantwortet. Man fange bereits an, die Zwangswirtschaft zu durchbrechen. Bei Kunstseide und Stapelfaser, wo bisher 100 Proz. planmäßig verteilt wurden, hat man jetzt 25 Proz. außerhalb des Schließels gestellt. Die Preise für Kunstspinnstoffe erhöhten die Unternehmer um 200 Proz. Bei den Abfallstoffen mache sich ein starker Schleichhandel bemerkbar. Eine scharfe Kontrolle muß von der Arbeiterschaft erfolgen.

Während des Krieges hat besonders die Textilarbeiter-schaft des Vogtlandes in der Stickerindustrie gelitten. Zahlreiche Existenzen sind vernichtet. Zu Hunderten sind Arbeiter, Stickmaschinenbesitzer und Fabrikanten ausgewandert. Im Jahre 1917 haben von 55 Fabrikbetrieben 33 Betriebe vollständig gestanden. 8366 Arbeiter und Arbeiterinnen sind während des Krieges aus der Stickerindustrie ausgeschieden. Der Textilarbeiterverband bemühte sich, die Textilarbeiterlosen für die Stickerindustrie einzuführen. Staat, Gemeinde und Unternehmer leisteten hierbei die größten Widerstände. Bei der Einführung der Unterstützung für die Handwerker in Oberfranken hatte man besondere Schwierigkeiten zu überwinden. 10 bis 20 Pf. pro Tag wollten die Behörden den Handwebern als Unterstützung auszahlen. „Keine Macht der Erde kann mich zwingen, die Unterstützung einzuführen,“ erklärte ein Bezirksamtsassessor in Hof. Trotz der revolutionären Regierung in Bayern sind diese Beamten noch in Staatsdiensten. Zu verwerten sei die Agitation der Parteigruppen im Lande, die erhöhte Unterstützungssätze fordern und propagieren, die im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen nicht erfüllt werden können.

Die Lohnfrage für die Textilarbeiter während des Krieges konnte durch den Burgfriedensvertrag, den die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften mit den alten Machthabern vereinbart hatte, nicht in zufriedenstellender Weise geregelt werden. Der Burgfriedensvertrag sei ein schwarzes Blatt in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung! Während die Unternehmer nicht wußten, wie sie ihre Dividenden verteilen sollten, seien die Arbeiter durch das Hilfsdienstgesetz geknebelt worden. — Trotzdem berichtete der Redner, daß für die Konfektionsindustrie Tarifverträge abgeschlossen sind, die für die Arbeiterinnen 42 Pf. pro Stunde Erhöhung bedeuten. Auch für die Kirchberger Textilarbeiter konnten wesentliche Lohnerhöhungen während des Krieges durchgeführt werden. Im Münchberger Webereibetriebe hat ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Lohnerhöhungen anerkannt, und die Unternehmer haben sich diesem Schieds-

Spruch unterworfen. Bei der Lohnbewegung in der Baumwollspinnerei in Plauen hat die Kriegsamtsstelle Leipzig vollständig versagt. Erst nachdem die Arbeiterschaft in den Streik trat, konnte durch Vermittlung der Kriegsstoffstelle eine Lohnföhrung abgewartet werden. Auch die Kriegsamtsstelle Nürnberg versagte bei derartigen Anlässen.

Die Mitgliederbewegung hatte im 3. Quartal 1916 den tiefsten Stand erreicht. Seit dieser Zeit sei eine fortlaufende Besserung eingetreten, besonders als die außerordentliche Generalversammlung in Augsburg mit dem „Burgfrieden“ gebrochen habe. Am Ende April 1919 marschierte der Gau Vogtland mit über 36 000 Mitgliedern an der Spitze der Gau des Verbandes. Restlos müsse sich die Textilarbeiterschaft in ihren Organisationen vereinigen. Kleinere Filialen müssen in Agitationsbezirke vereinigt werden. Höhere Beiträge mit Ortszuschlägen sind in der nächsten Zeit einzuführen, wegen der Geldentwertung. In einzelnen Bezirken wie Falkenstein, Erzgebirge ist die restlose Erfassung der Arbeiterschaft in dem Verbands noch nicht erfolgt. Mit dem Hinweis auf die großen Aufgaben, welche die Textilarbeiterschaft in Zukunft zu erfüllen habe, schloß Redner seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht.

Anschließend gab Secht-Plauen den Kassenbericht, der bei einer Ausgabe von 48 003,03 Mk. einen Minderbetrag von 597,95 Mk. aufweist. Die Finanzprüfung des Gauvorstandes spreche aus der Tatsache, daß allein 4012,76 Mk. für Hilfsreferenten ausgegeben wurden. Der Kassenbericht umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. März 1919.

Markert-Plauen beantragt, den Gauvorstand zu entlasten, da alle Tätigkeiten scharf nachgeprüft sei und in vollster Ordnung sich befände.

Böhlmann-Falkenstein gab darauf für die Mandatsprüfungskommission bekannt, daß 39 Delegierte, 4 Mitglieder des Gauvorstandes und 7 Geschäftsführer anwesend seien. Es fehlen die Orte Gundshübel, Bernstein, Schönheide und Remenfel. Die Mandate werden für gültig erklärt.

In der Debatte hat zuerst das Wort

Taubadel-Münchberg, welcher besonders zur Frage der Beitragserhöhung spricht. Er wünscht eine gleichmäßige Regelung der Beiträge. Die Delegationskosten sollen von der Gau- oder Zentralkasse getragen werden.

Böhlmann-Falkenstein verlangt eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in den einzelnen Gemeinden. Die Beiträge müssen auch während der Arbeitslosigkeit weitergezahlt werden, da sonst die Mitglieder zu leicht ihre Rechte verlieren.

Secht-Plauen gibt Anweisungen für die Kassierer der einzelnen kleineren Filialen über eine Registrierung der Mitgliederbewegung durch gute Instandhaltung der Kartei.

Graupe-Zwidau geht auf den Burgfriedensvertrag ein und meint, daß der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften doch daraus kein Vorwurf gemacht werden könne, wenn in einzelnen Berufsgruppen die Löhne gesunken sind. Dasselbe habe ja selber die Erfolge konstatieren müssen durch die Schlichtungsausschüsse des Hilfsdienstgesetzes und nachdem die Arbeiterschaft sich selber gerührt hätte. Ueber die Tätigkeit der Kollegen in den Reichswirtschaftsstellen habe man in den Filialen nichts gehört. Wenn in den Gewerkschaften es Leute geben soll, die mit Unterstützung der Kapitalisten den wirtschaftlichen Aufbau wieder vornehmen wollen, so sei doch daran zu erinnern, daß selbst Goose auf dem Parteitag der U. S. D. erklärte: Zweifellos sei das Proletariat reif für den Sozialismus. Aber es kann nicht alles allein machen! — Viel zu wenig sei von der Gauleitung und Zentrale getan worden für Aufklärung der Arbeiterausschüsse. Ueber die Verordnungen der Regierungsstellen müssen die Filialen durch die Verbandsinstanzen besser unterrichtet werden. Nur ein planmäßiges Handeln könne zu einer fruchtbringenden Sozialisierung führen. Für die verkürrt arbeitenden Textilarbeiter müsse die Erwerbslosenunterstützung in Anspruch genommen werden. Die Filialvorstände müssen sich mit den gesetzlichen Verordnungen näher vertraut machen. Nur so könne ein fruchtbringendes Zusammenarbeiten erreicht werden.

Sahn-Plauen geht auf die Ausführungen Graupes ein und behauptet, daß in den Kriegsgesellschaften die größten Schieber sitzen. Für das Elend der Heimarbeiter haben die jetzigen Regierungen noch nichts getan. Man habe Geheimräte in diesen Ressorts, während in der Arbeiterschaft bessere Sachverständige sind, die diese Materie bearbeiten können. Auch unser Textilarbeiterorgan habe verwirrend durch einzelne Artikel gewirkt. Die Arbeiterschaft scheine ja jetzt der Sozialisierung größeres Interesse entgegenzubringen.

Freitag-Zwidau verlangt einheitliche Unterstützungsätze für die Arbeitslosen in allen Gemeinden. Die Gauweber des Müllengrundes würden um den tariflichen Lohn von seiten einzelner Fabrikanten geprellt. Er forderte ebenfalls schriftliche Aufklärung über die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse durch die Verbandsleitung.

Dressel-Plauen geht in seinem Schlußwort nochmals auf den Burgfriedensvertrag ein und hält seine Behauptungen aufrecht. Alle Funktionäre des Verbandes, welche sich während des Krieges an Regierungsstelle unangenehm bemerkbar gemacht hätten, sind eingezogen worden. Er selber sei als der gefährlichste Kerl bezeichnet worden. Er gäbe zu, daß der Gauvorstand mehr hätte machen können. Die Kritik sei berechtigt. Der Zentralvorstand habe aber seinem Antrage, ihm einen tüchtigen Geschäftsführer beizugeben, nicht zugestimmt. Es gäbe 23 verschiedene Berufszweige zu bearbeiten, das müssen die Mitglieder in Betracht ziehen. Er sei damit einverstanden, daß mehr Aufklärung über die Tätigkeit der Kollegen in den Reichswirtschaftsstellen gegeben werden muß. Eingehend bespricht der Redner seinen Standpunkt in der Sozialisierungsfrage und hofft, daß bei sachlicher Aussprache wir die getrennten Geister in der Arbeiterbewegung wieder zusammenführen können. — Der Schlußsatz findet alleseitigen Beifall.

Darauf wird der Entlastung des Gauvorstandes einstimmig zugestimmt und die Konferenz abends 7 Uhr auf Sonntag, den 18. Mai, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Sonntag, den 18. Mai, vormittags, wird die Konferenz von Sahn-Plauen eröffnet.

Dressel-Plauen referierte über „Die Tarifabmachungen in der Textilindustrie des Gau“. Schon während des Krieges hat der Verband in Bayern für die Papiergarnbranche einen Tarif abgeschlossen. Das soziale Verständnis der Unternehmer sei durchaus noch nicht vorhanden. Die Arbeitszeit ist dahin gerückt, daß an den Wochentagen 8 Stunden und Sonnabends 6 Stunden gearbeitet wird. Grundföhrlich dürfe nicht zugestanden werden, daß an den Wochentagen über 8 Stunden gearbeitet wird, um Sonnabends feiern zu können. Die Freizeit gehöre mit zur reinen normalen Arbeitszeit. Die Tarifabmachungen seien in gewisser Beziehung noch Neuhand. Aus diesen Gründen sei es erklärlich, daß gewisse Tarife inhaltlich nicht unter den Zeitlohn nach den vereinbarten Richtlinien sinken. Die bestehenden Tarife müssen bis zum Kündigungsstermin anerkannt und befolgt werden. Wir müssen in Zukunft Tarife abschließen, damit die Textilarbeiterschaft auskömmliche Lebensverhältnisse erreicht. Die Löhne müssen entsprechend der Qualifiziertheit der einzelnen Arbeiterkategorien vereinbart werden. In allen Berufen müssen ständige Tarifkommissionen bestimmt werden, die vielleicht aus 3 Berufscollegen aus Betrieben und 2 Verbandsangehörigen bestehen können. In Sachen habe man keine einheitliche Textilindustrie, wie es in Bayern der Fall sei. Er hofft und wünscht, daß durch gemeinsames Zusammenarbeiten für die einzelnen Berufe bessere Tarife abgeschlossen werden. (Bravol)

Die Gaukonferenz beschließt, das Referat über Arbeitsgemeinschaft anschließend entgegenzunehmen.

Folgender Antrag an die Reichsregierung wird vor dem Referate einstimmig angenommen:

„Die am 17. und 18. Mai 1919 in Munsiebel tagende Gaukonferenz ersucht erneut das Reichswirtschaftsamt, die Reichswirtschaftsstellen für die Textilindustrie entsprechend unserer Anträge vom 16. 12. 18 paritätisch zusammenzusetzen. Die gegenwärtige Zusammenfassung ist derart, daß dieselben lediglich von den Arbeitgebern und von den Vertretern des Handels beherrscht werden. Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Einfluß der Arbeiterschaft in den Wirtschaftsstellen in Zukunft ein entscheidender sein muß, damit Handel (Ein- und Ausfuhr) und Produktion nicht im Sinne des Profits der Unternehmer, sondern im Interesse der Allgemeinheit gefördert und geleitet werden. Wir erwarten deshalb, daß das Reichswirtschaftsamt sofort zu unseren Anträgen Stellung nimmt, die diesbezügliche Umgestaltung vornimmt und der Verbandsleitung von ihren Maßnahmen baldigst Kenntnis gibt.“

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Der Aktionsauschuß unseres Verbandes tagte vom 21. bis 23. Mai, um einen Statutenentwurf, von der Reorganisationskommission vorgelegt, zu begutachten und eventuelle Änderungen daran zu bewirken. Der — nur wenig veränderte — Entwurf wird noch eine Statutenberatungskommission beschäftigen und dann der Generalversammlung des Verbandes zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. — Der Aktionsauschuß hatte auch eine längere Aussprache über die Tarifabschlüsse und legte gewisse Richtlinien fest, die bei künftigen Tarifabschlüssen beachtet werden sollen.

Der Aktionsauschuß unseres Verbandes tagte vom 21. bis 23. Mai, um einen Statutenentwurf, von der Reorganisationskommission vorgelegt, zu begutachten und eventuelle Änderungen daran zu bewirken. Der — nur wenig veränderte — Entwurf wird noch eine Statutenberatungskommission beschäftigen und dann der Generalversammlung des Verbandes zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. — Der Aktionsauschuß hatte auch eine längere Aussprache über die Tarifabschlüsse und legte gewisse Richtlinien fest, die bei künftigen Tarifabschlüssen beachtet werden sollen.

Der Aktionsauschuß unseres Verbandes tagte vom 21. bis 23. Mai, um einen Statutenentwurf, von der Reorganisationskommission vorgelegt, zu begutachten und eventuelle Änderungen daran zu bewirken. Der — nur wenig veränderte — Entwurf wird noch eine Statutenberatungskommission beschäftigen und dann der Generalversammlung des Verbandes zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. — Der Aktionsauschuß hatte auch eine längere Aussprache über die Tarifabschlüsse und legte gewisse Richtlinien fest, die bei künftigen Tarifabschlüssen beachtet werden sollen.

Der Aktionsauschuß unseres Verbandes tagte vom 21. bis 23. Mai, um einen Statutenentwurf, von der Reorganisationskommission vorgelegt, zu begutachten und eventuelle Änderungen daran zu bewirken. Der — nur wenig veränderte — Entwurf wird noch eine Statutenberatungskommission beschäftigen und dann der Generalversammlung des Verbandes zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. — Der Aktionsauschuß hatte auch eine längere Aussprache über die Tarifabschlüsse und legte gewisse Richtlinien fest, die bei künftigen Tarifabschlüssen beachtet werden sollen.

Der Aktionsauschuß unseres Verbandes tagte vom 21. bis 23. Mai, um einen Statutenentwurf, von der Reorganisationskommission vorgelegt, zu begutachten und eventuelle Änderungen daran zu bewirken. Der — nur wenig veränderte — Entwurf wird noch eine Statutenberatungskommission beschäftigen und dann der Generalversammlung des Verbandes zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. — Der Aktionsauschuß hatte auch eine längere Aussprache über die Tarifabschlüsse und legte gewisse Richtlinien fest, die bei künftigen Tarifabschlüssen beachtet werden sollen.

Der Aktionsauschuß unseres Verbandes tagte vom 21. bis 23. Mai, um einen Statutenentwurf, von der Reorganisationskommission vorgelegt, zu begutachten und eventuelle Änderungen daran zu bewirken. Der — nur wenig veränderte — Entwurf wird noch eine Statutenberatungskommission beschäftigen und dann der Generalversammlung des Verbandes zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. — Der Aktionsauschuß hatte auch eine längere Aussprache über die Tarifabschlüsse und legte gewisse Richtlinien fest, die bei künftigen Tarifabschlüssen beachtet werden sollen.

Der Aktionsauschuß unseres Verbandes tagte vom 21. bis 23. Mai, um einen Statutenentwurf, von der Reorganisationskommission vorgelegt, zu begutachten und eventuelle Änderungen daran zu bewirken. Der — nur wenig veränderte — Entwurf wird noch eine Statutenberatungskommission beschäftigen und dann der Generalversammlung des Verbandes zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. — Der Aktionsauschuß hatte auch eine längere Aussprache über die Tarifabschlüsse und legte gewisse Richtlinien fest, die bei künftigen Tarifabschlüssen beachtet werden sollen.

Der Aktionsauschuß unseres Verbandes tagte vom 21. bis 23. Mai, um einen Statutenentwurf, von der Reorganisationskommission vorgelegt, zu begutachten und eventuelle Änderungen daran zu bewirken. Der — nur wenig veränderte — Entwurf wird noch eine Statutenberatungskommission beschäftigen und dann der Generalversammlung des Verbandes zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. — Der Aktionsauschuß hatte auch eine längere Aussprache über die Tarifabschlüsse und legte gewisse Richtlinien fest, die bei künftigen Tarifabschlüssen beachtet werden sollen.

lich dürfe nicht zugestanden werden, daß an den Wochentagen über 8 Stunden gearbeitet wird, um Sonnabends feiern zu können. Die Freizeit gehöre mit zur reinen normalen Arbeitszeit. Die Tarifabmachungen seien in gewisser Beziehung noch Neuhand. Aus diesen Gründen sei es erklärlich, daß gewisse Tarife inhaltlich nicht unter den Zeitlohn nach den vereinbarten Richtlinien sinken. Die bestehenden Tarife müssen bis zum Kündigungsstermin anerkannt und befolgt werden. Wir müssen in Zukunft Tarife abschließen, damit die Textilarbeiterschaft auskömmliche Lebensverhältnisse erreicht. Die Löhne müssen entsprechend der Qualifiziertheit der einzelnen Arbeiterkategorien vereinbart werden. In allen Berufen müssen ständige Tarifkommissionen bestimmt werden, die vielleicht aus 3 Berufscollegen aus Betrieben und 2 Verbandsangehörigen bestehen können. In Sachen habe man keine einheitliche Textilindustrie, wie es in Bayern der Fall sei. Er hofft und wünscht, daß durch gemeinsames Zusammenarbeiten für die einzelnen Berufe bessere Tarife abgeschlossen werden. (Bravol)

Die Gaukonferenz beschließt, das Referat über Arbeitsgemeinschaft anschließend entgegenzunehmen.

Folgender Antrag an die Reichsregierung wird vor dem Referate einstimmig angenommen:

„Die am 17. und 18. Mai 1919 in Munsiebel tagende Gaukonferenz ersucht erneut das Reichswirtschaftsamt, die Reichswirtschaftsstellen für die Textilindustrie entsprechend unserer Anträge vom 16. 12. 18 paritätisch zusammenzusetzen. Die gegenwärtige Zusammenfassung ist derart, daß dieselben lediglich von den Arbeitgebern und von den Vertretern des Handels beherrscht werden. Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Einfluß der Arbeiterschaft in den Wirtschaftsstellen in Zukunft ein entscheidender sein muß, damit Handel (Ein- und Ausfuhr) und Produktion nicht im Sinne des Profits der Unternehmer, sondern im Interesse der Allgemeinheit gefördert und geleitet werden. Wir erwarten deshalb, daß das Reichswirtschaftsamt sofort zu unseren Anträgen Stellung nimmt, die diesbezügliche Umgestaltung vornimmt und der Verbandsleitung von ihren Maßnahmen baldigst Kenntnis gibt.“

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

Sädel-Berlin bemerkt zu diesem Antrage, daß die Kollegen nicht allzuviel Hoffnung auf die Wirkung des Antrages haben soll. Es sei schwer, bei der jetzigen Zusammenfassung der deutschen Regierung etwas Besseres zu erwarten. Die Beschlüsse einer paritätischen Zusammenfassung würden meistens von den noch bestehenden bürokratischen Instanzen ohne Wirkung bleiben. Die günstige Wirkung könne erst durch eine Arbeiterreferate erreicht werden. So seien in der Reichswirtschaftsstelle für Wolle 25 Revisoren eingestellt worden, um den Handel zu überwachen. Eine radikale Ausrottung der Mißstände sei vielleicht durch den Antrag auch nicht möglich.

unsere unter noch stärkeren Einschränkungen als im Vorjahre arbeitenden Betriebe in Bielefeld und Wollfenbüttel. Die Bleiche in Ummeln war das ganze Jahr wiederum unbeschäftigt und hat vollständig stillgelegen. Die Papiergarn- und Wischgarnspinnerei war nicht lohnend, die letzten Monate des Jahres brachten aber schwierigere Absatzverhältnisse mit sich. Diese Lage hat sich im neuen Jahre noch verschärft, auch die Aussichten für die Zukunft sind nicht als günstig zu bezeichnen. Abgesehen von schon bestehenden oder noch in Aussicht kommenden Belastungen und Abgaben der Betriebe ist unsere Rohstoffversorgung in Gefahr, so daß für die Zukunft der Flachsanbau in Deutschland weiter mit allen Mitteln gefördert werden muß, um unsere Industrie unabhängiger vom Auslande zu machen und das Geld für diese Faser zur Schonung unserer Währung im eigenen Lande zu behalten. Dann dürfen wir auch die Hoffnung hegen, daß unsere Industrie und somit auch unsere solange schon bestehende und in sich gefestigte Gesellschaft die jetzige Krise wieder überwinden wird. Die 60-Jahr-Stiftung von 100 000 Mk. einschl. Zinsen belief sich Ende 1918 auf 121 550,60 Mk. Wir vereinigen mit dieser Summe das bestehende Wohlfahrtskonto für unsere Krieger von 55 644,88 Mk. Ende 1918, erhalten also zusammen einen Betrag von 177 195,48 Mk., welcher als 60-Jahr-Stiftung weiter geführt wird. Die Zinsen hiervon sollen im Einverständnis mit den Angestellten- und Arbeiter-Ausschüssen ausschließlich für Angestellte und Arbeiter und deren Hinterbliebene verwendet werden. Auch sollen diese Zinsen für diejenigen Verwendung finden, die außer den laufenden Unterstützungen aus der Unterstützungsrücklage eine besondere Beihilfe nötig haben sollten. Der Reingewinn von 574 007,53 Mk. soll folgendermaßen verteilt werden: 8 Proz. Dividende 336 000 Mk., Rücklagen 145 000 Mk., und Vortrag für 1919 93 007,53 Mk. — Heini Sche Möbelstoff-Weberei vormals Dahl u. Günsche Akt. Ges. In der Generalversammlung teilte die Verwaltung mit, daß der Rückgang des Ertragnisses sich einerseits aus der Kursentwertung des Besitzes der Gesellschaft an Kriegsanleihen und ferner aus der Erhöhung der Kriegsgewinnsteuerrücklage auf 80 Proz. erkläre, auch seien erhöhte Abschreibungen auf Maschinen wegen der Umstellung der Betriebe notwendig gewesen. Zur Geschäftsföhrung bemerkte die Direktion, daß die Gesellschaft jetzt in der Hauptsache Papierstoffe herstelle. In letzter Zeit habe die Verwaltung begonnen, einen Teil ihres Betriebes für ihr altes Tätigkeitsgebiet wieder einzurichten, soweit dies bei der andauernden Knappheit an Rohmaterial möglich sei. Aufträge lägen auf diesem Gebiet in befriedigendem Maße vor. Es habe im übrigen nicht den Anschein, als ob hinsichtlich der Rohmaterialbeschaffung alsbald eine Besserung eintreten werde, da in nächster Zeit auf Einfuhr von Garnen nicht zu rechnen sei. Es sei nicht anzunehmen, daß die Regierung Devisen hierfür zur Verfügung stellen werde. Im bisherigen Verlauf des neuen Jahres habe die Gesellschaft nicht ungünstig gearbeitet. Die Beteiligung der Arbeiter an der Gesellschaft sei durchgeführt und werde für das laufende Jahr bereits in Erscheinung treten. Mit der Arbeiterschaft sei die Gesellschaft bisher gut ausgekommen. Die Dividende werde auf 13 Proz. festgelegt. Die Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde von 5 auf 3 herabgesetzt. Herr Wolf (i. Fa. Carlsbach u. Co.) ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Betriebsbeschränkung in der englischen Baumwollindustrie. Die Unternehmer und Arbeiter aller Zweige der Baumwollindustrie hielten in Manchester eine Sitzung ab, um die schlechte Lage dieser Industrie und des Baumwollhandels zu besprechen. Es wurde die Einschränkung der Herstellung von Baumwollfabrikaten in Erwägung gezogen.

Arbeitslosigkeit in der englischen Baumwollindustrie. In Manchester sind 46 800 Personen und in Blackburn 23 300 Personen arbeitslos. Diese große Arbeitslosigkeit, vornehmlich in der Baumwollindustrie, wird auf die Ausfuhrbeschränkungen zurückgeführt, und man ist der Ansicht, daß, solange diese Beschränkungen beibehalten werden, der Arbeitslosigkeit nicht entgegengetreten werden könne.

Der Baumwollanbau in Spanien. Aus Katalonien hat sich kürzlich eine Kommission des Baumwollkomitees nach Sevilla begeben, um die dort angewandten Methoden zur Förderung des Baumwollanbaues kennen zu lernen und die angebauten Ländereien einer Prüfung zu unterziehen. Die Kommission soll von den dort angestellten Versuchen einen sehr günstigen Eindruck gewonnen haben.

Die Anstellung von Bauarbeiterkontrollleuten in den Bundesstaaten nach dem Vorbild in Preußen hat eine nicht zu unterschätzende Förderung erfahren. Das Reichsarbeitsamt hat durch Schreiben vom 23. Dezember 1918 sämtlichen Bundesregierungen das Rundschreiben des Staatskommissars für Wohnungswesen an die Regierungspräsidenten vom 13. Dezember 1918 betreffend die Anstellung von Bauarbeiterkontrollleuten mitgeteilt, und ihnen nahegelegt, diese Sache in gleicher Weise zu regeln. Bekanntlich sollen danach staatlicherseits unter der Mitwirkung der Gewerkschaften solche amtliche Kontrollleure obligatorisch angestellt werden. Von einer Zahl von Bundesregierungen ist bereits die Mitteilung eingegangen, daß sie derartige Anstellungen in die Wege geleitet oder in Aussicht genommen haben.

Der neue Reichsverfassungsentwurf, den die Reichsregierung der öffentlichen Diskussion unterbreitet, behält der Reichsgesetzgebung folgende Materien vor: Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Armenwesen, Maßwesen, Fremdenpolizei, Ein- und Auswanderung, Bürgerliches Recht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren, Weistandsleistungen von Gerichts- und Verwaltungsbehörden, Enteignungsrecht, Rechtsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten, ihre Versicherung und Arbeiterschutz, Handel, Maß- und Gewichtswesen, Münzwesen, Ausgabe von Papiergeld, Post- u. d. Fernpostwesen, Gewerberecht und Bergbau, Versicherungswesen, Seeschiffahrtswesen, Presse, Vereins- und Versammlungswesen, Gesundheitswesen, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, öffentliche Wohlfahrtsfürsorge, Kriegsteilnehmer- und Hinterbliebenenfürsorge, Wohnungswesen, Grundsätze des Siedlungswesens, Regelung der Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Güterwirtschaft und

Aktionsauschuß.

Der Aktionsauschuß unseres Verbandes tagte vom 21. bis 23. Mai, um einen Statutenentwurf, von der Reorganisationskommission vorgelegt, zu begutachten und eventuelle Änderungen daran zu bewirken. Der — nur wenig veränderte — Entwurf wird noch eine Statutenberatungskommission beschäftigen und dann der Generalversammlung des Verbandes zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. — Der Aktionsauschuß hatte auch eine längere Aussprache über die Tarifabschlüsse und legte gewisse Richtlinien fest, die bei künftigen Tarifabschlüssen beachtet werden sollen.

Zehnter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, den 30. Juni 1919, in Nürnberg im Saalbau des Industrie- und Kulturvereins, Frauentorgraben 49.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichtserkatter: C. Legien-Berlin.
3. Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. Berichtserkatter: Th. Leipart-Berlin.
4. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Berichtserkatter: A. Cohen-Berlin.
5. Die Satzungen des „Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes“. Berichtserkatter: Th. Leipart-Berlin.
6. Gewerkschaftliche Unterrichtskurse. Berichtserkatter: F. Sassenbach-Berlin.
7. Die Sozialisierung der Industrie. Berichtserkatter: B. Umbreit-Berlin. Landwirtschaftliche Produktion und Anstellung. Berichtserkatter: G. Schmidt-Berlin.
8. Regelung des Lehrlingswesens. Berichtserkatter: F. Sassenbach-Berlin.
9. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Der Kongreß wird am 30. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 5. Juli tagen. Berlin, den 18. Mai 1919.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien, S.O. 16, Engelufer 15.

Die Adresse des Lokalkomitees ist: G. Bohl, Breitegasse 25/27, Nürnberg.

Aus der Textilindustrie.

Schäftsabschlüsse und Gewinnverteilung. Dem Bericht des Vorstandes der Ravensberger Spinnerei A.-G., Bielefeld, entnehmen wir: Unsere Rohstoffversorgung im abgelaufenen Jahr war genügend für

Soziale Rundschau.

Die Anstellung von Bauarbeiterkontrollleuten in den Bundesstaaten nach dem Vorbild in Preußen hat eine nicht zu unterschätzende Förderung erfahren. Das Reichsarbeitsamt hat durch Schreiben vom 23. Dezember 1918 sämtlichen Bundesregierungen das Rundschreiben des Staatskommissars für Wohnungswesen an die Regierungspräsidenten vom 13. Dezember 1918 betreffend die Anstellung von Bauarbeiterkontrollleuten mitgeteilt, und ihnen nahegelegt, diese Sache in gleicher Weise zu regeln. Bekanntlich sollen danach staatlicherseits unter der Mitwirkung der Gewerkschaften solche amtliche Kontrollleure obligatorisch angestellt werden. Von einer Zahl von Bundesregierungen ist bereits die Mitteilung eingegangen, daß sie derartige Anstellungen in die Wege geleitet oder in Aussicht genommen haben.

Der neue Reichsverfassungsentwurf, den die Reichsregierung der öffentlichen Diskussion unterbreitet, behält der Reichsgesetzgebung folgende Materien vor: Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Armenwesen, Maßwesen, Fremdenpolizei, Ein- und Auswanderung, Bürgerliches Recht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren, Weistandsleistungen von Gerichts- und Verwaltungsbehörden, Enteignungsrecht, Rechtsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten, ihre Versicherung und Arbeiterschutz, Handel, Maß- und Gewichtswesen, Münzwesen, Ausgabe von

Schutz und Pflege der schulentlassenen Jugend. Die Ausführung der Reichsgesetze soll grundsätzlich durch die Landesbehörden erfolgen. Der Grundsatz, daß Reichsrecht Landesrecht bricht, wird aufrechterhalten. Nach Art. 33 soll die Koalitionsfreiheit in keiner Weise beschränkt werden; nach Art. 34 soll die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutz des Reichs stehen. Die persönliche Freiheit, die Wohnung, das Eigentum und das Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis werden als unverletzlich erklärt.

Milderung der Vorschriften über den Verlust der Anwartschaft in der Invaliden- u. w. Versicherung.

Wie oft sind Ansprüche der Invaliden daran gescheitert, daß ihre Anwartschaft auf die Rente verfallen war, weil sie einmal verkränkt hatten, bei der Weiterversicherung die vorgeschriebenen 20 Marken innerhalb zweier Jahre zu fleben. Jetzt schafft eine Verordnung der Reichsregierung vom 9. Februar 1919 Wandel. Stellt sich in Zukunft heraus, daß eine Anwartschaft gemäß den §§ 1280 ff. der Reichsversicherungsordnung erloschen ist, dann wird nachgeprüft, ob drei Viertel der Zeit, die seit dem Eintritt in die Versicherung verstrichen ist, mit Marken belegt sind. Ist dies der Fall, dann gilt die Wartezeit als gewahrt.

Darf ein Arbeiter mit doppeltem Wohnort an beiden Orten Krankenpflege verlangen?

Ein Arbeiter wohnte in A. und war in B. tätig. Allerdings hatte er auch eine Schlafstelle in B., an jedem Sonnabend fuhr er jedoch nach Hause, also nach A., wo er die beiden Nächte bis Montag früh verblieb. A. lag außerhalb des Bezirks der Krankenkasse, bei der der Arbeiter versichert war. Trotzdem verlangte der Arbeiter, als er krank wurde, daß ihm Krankenpflege in A. gewährt würde, was die Kasse mit der Begründung ablehnte, A. liege außerhalb des Bezirks der Kasse und sei auch nicht der Beschäftigungsort des Arbeiters. Das Reichsversicherungsamt hat jedoch eine dem klagenden Arbeiter günstige Entscheidung gefällt. A., so heißt es in den Gründen, ist für die von der Kasse zu gewährende Krankenpflege dann Erfüllungsort, wenn es als Wohnort des Klägers im Sinne der Reichsversicherungsordnung anzusehen ist. Da der Kläger seine Familienwohnung in A. beibehalten hat, so hat er dort auch seinen Wohnsitz im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs, den er auch durch seine länger dauernde Tätigkeit in B. nicht verloren hatte; denn nach wie vor war A. der Mittelpunkt seiner gesamten Lebensverhältnisse. Der Kläger hatte aber auch noch einen zweiten Wohnort, das war der Ort seiner beruflichen Tätigkeit. Die Möglichkeit, daß eine Person zwei Wohnorte haben kann, hat bereits das Preussische Oberverwaltungsgericht bejaht. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Annahme, daß eine Person stets an ihrem gesetzlichen Wohnsitz auch einen „Wohnort“ hat, allgemein zutrifft, also beispielsweise auch dann, wenn der Betreffende an einem weit von seinem Wohnsitz entfernten festeren Orte beschäftigt ist und längere Zeit nicht an seinen Wohnsitz zurückkehrt. Denn im vorliegenden Fall liegen beide Orte nahe beieinander, und es muß angenommen werden, daß der Arbeiter sowohl in A. wie auch in B. einen Wohnort hatte. Die Weigerung der Kasse, dem Kläger in A. Krankengeld zu zahlen, war sonach unbegründet. (Reichsberf.-Amt 8. 1. 19.)

Berichte aus Fachkreisen.

Barmen. (Berichtigung.) In der Einleitung des Kollegen Ad. wird es gegen Schluß heißen statt: „Es gilt der sozialistischen Propaganda entgegenzutreten.“ „Es gilt der syndikalistischen Propaganda entgegenzutreten.“

Chemnitz. Am Freitag, den 9. Mai, fand im Volkshaus eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung mit nachstehender Tagesordnung statt. 1. Stellungnahme zur Generalversammlung in Plauen im Vogl. und eventuelle Aufstellung der Kandidaten hierzu. 2. Stellungnahme zum Gewerkschaftsprogess in Nürnberg und eventuelle Aufstellung von Kandidaten hierzu. 3. Neuwahl eines 2. Vorsitzenden und Ersatzwahl von Kartelldelegierten. 4. Die abgeschlossenen Lohnverträge in der Textilindustrie. 5. Bekanntgabe der Abrechnung vom 1. Quartal 1919. 6. Verbandsangelegenheiten. Zum 1. Punkt referierte Kollege Florjuch. Derselbe legte in längerer Ausführungen der Versammlung die Aufgaben der nächsten Verbandsgeneralversammlung dar. Ein vollständiger Neuaufbau unserer Organisation bzw. ein innerer Aufbau des Verbandsstatuts sei dringend notwendig. Eine vom Agitationsausschuß eingesetzte Reorganisationskommission habe bereits die nötigen Vorarbeiten getroffen. Vor allen Dingen sei eine gründliche Aenderung der Beitragsleistung entsprechend dem gestiegenen Geldwert auf der Generalversammlung zu beschließen. Grundsätzlich müsse der Standpunkt vertreten werden, daß für die Mitglieder der maßgebende Stundenlohn als wöchentliche Beitragsleistung in Frage komme. Auch die Unterstützungseinrichtungen müssen entsprechend ausgebaut werden. Eine Zusammenlegung der 3 Gauen Sachjens zu einem einheitlichen Gau sei dringend zu befürworten in Anbetracht der Tarifabschlüsse in der Textilindustrie. Die Verbandsgeneralversammlung habe große Arbeiten zu leisten und hoffe er, daß sie sich ihrer Aufgabe würdig erweisen und brauchbares und gutes für die Textilarbeiter schaffen werde. — Es wurden dann Vorschläge für die Wahl von Delegierten zur Generalversammlung gemacht. Dann referierte Kollege Görtner über die Aufgaben des in Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftsprogesses. Nach Nominierung der Kandidaten für die Delegation zum Kongress gibt Kollege Florjuch bekannt, daß der bisherige 2. Vorsitzende, Kollege Lindner, in Zwickau als Geschäftsführer gewählt worden sei. Er widmet demselben herzliche Worte des Dankes für seine hier geleistete Tätigkeit und wünscht ihm alles Gute für sein ferneres Fortkommen. In Stelle des Kollegen Lindner wird Kollege Oswald Thoh in Vorschlag gebracht und einstimmig gewählt. Im Anschluß daran werden die Delegierten zum Gewerkschaftsprogess gewählt. Zum 4. Punkt sprach Kollege Florjuch und wies im Besonderen darauf hin, daß es Pflicht und Aufgabe der Arbeiterausschüsse sei, daß die bisher abgeschlossenen Lohnverträge in allen Betrieben eingehalten würden. Sofern in einzelnen Fällen zwischen den Arbeitgebern und dem Arbeiterausschuß eine Regelung nicht erfolgt ist, ist der Organisationsleitung hiervon Mitteilung zu machen. Würde dann nach Eingreifen der Organisationsleitung die Einhaltung des Tarifs nicht erzielt, so müßte in allen Fällen die Tarifbehörde zur Entscheidung angerufen werden und darüber entscheiden. Zum 5. Punkt gibt Kollege Mehnert die Abrechnung vom 1. Quartal 1919 bekannt. Zum 6. Punkt schlägt Kollege Florjuch im Auftrag der Ortsverwaltung vor, in Anbetracht der umfangreichen Arbeiten beim Zentralverband zu beantragen, eine weitere männliche agitatorische Hilfskraft für die Verwaltungsstelle einzustellen zu wollen. Die außerordentliche Generalversammlung stimmt einstimmig diesem Vorschlag zu. Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden, dahin zu wirken, daß in den Textilbetrieben alle etwa noch vorhandenen unorganisierten Textilarbeiter

und -arbeiterinnen der Organisation zugeführt werden, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. — Bei Abschluß des ersten Vierteljahrs zählten wir bereits 8000 Mitglieder; heute sind es schon erheblich mehr. Doch noch mehr müssen es werden.

Gebhardtsdorf i. Schlef. Sonntag, den 11. Mai, fand im „Deutschen Kaiser“ die schon seit längerer Zeit angemeldete Versammlung für die Textilarbeiter für Gebhardtsdorf und Umgebung statt. Kollege Paul begrüßte die erschienenen Kollegen und Kolleginnen und erteilte dem Gewerkschaftssekretär Kollegen Joseph Lang-Rangenbielau, welcher als Redner erschienen war, das Wort. Der Redner legte in leicht verständlicher Weise Zweck und Ziel der Organisation dar. Daß die Arbeiterschaft doch nun bald zur Einsicht kommt, namentlich in hiesiger Gegend, zeigte die große Steigerung der Mitgliederzahl beim Textilarbeiterverbande. Zu den jetzigen hohen Preisen für die Lebenshaltung steht der Lohn der Arbeiter bei uns noch viel zu niedrig. Da helfen nicht große Versprechungen, wie sie bisher gemacht wurden, sondern nur Tatsachen: Lohnaufbesserung. Der Redner führte dann die in den Tarifverträgen festgesetzten Löhne aus verschiedenen Industriebezirken an und versprach, daß diese in Kürze auch bei uns zur Einführung gelangen sollen. Die Anwesenden waren durch diesen Vortrag sehr befriedigt, was der reiche Beifall bezeugte. Bei der nächsten Versammlung wäre ein zahlreicheres Erscheinen der Arbeiterschaft erwünscht.

Hamburg. „Die russische Anute in Augsburg.“ Unter dieser Überschrift brachte die „Textilarbeiter-Zeitung“, Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, in ihrer Nr. 17 vom 28. April, von der uns zwei Exemplare mit grunderheblichem Inhalt vorliegen, eine Mitteilung über angeblichen Terror unserer Mitglieder in Augsburg und Hamburg. Das, was sich in der Zukunft in unserer Arbeiterschaft bei Hamburg abgespielt hat, ist natürlich ganz harmlos und vom christlichen Charakter herartig entsetzt, daß der Sachkenner sofort weiß, wohin die „feindlichen“ Brüder steuern wollen. Unsere Mitglieder bzw. der dortige Arbeiterausschuß nahm, wie schon des öfteren, eine Buchkontrolle vor, und bei dieser Gelegenheit weigerte sich der Vorsitzende des christlichen Verbandes, Kollege Kleisel, sein Mitgliedsbuch zu zeigen. Auf sein unfolgendes Benehmen hingewiesen, bequimte er sich endlich, dem Verlangen der Kontrollen nachzukommen. Von „Gewalt“ kann keine Rede sein. Um festzustellen, wie viel anderweitig organisiert und unorganisiert noch im Betrieb beschäftigt seien, mußte einmal eine Statistik aufgenommen werden. Diese Arbeit ging ohne jegliche Störung vor sich. — Wenn sich unsere Mitglieder über die Taktik der Christen aufregen, so haben sie dazu mehr Recht, wenn man bedenkt, wie die Vorstandsmitglieder des christlichen Verbandes gegen uns arbeiten. Der nachfolgende Brief gibt hierüber Aufklärung:

Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Ortsgruppe Schiffbed.
Schiffbed, den 29. Januar 1919.
Herrn Direktor Neubauer
Hochwohlgeboren

Die Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes für Hamburg u. Umgegend hat in den eingereichten Forderungen vom 12. Januar 1919 unter Riffer 6 die Bedingung gestellt, daß die Arbeitgeber alle Arbeitskräfte nur durch den Arbeitsnachweis des Deutschen Textilarbeiterverbandes beziehen sollen, und alle diesem Verbande fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen nur dann in Arbeit verbleiben oder angenommen werden dürfen, wenn sie sich zum Beitritt in diese Organisation bereit erklärten. Aus den Abmachungen vom 15. November 1918 zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Zentralverbänden der in Betracht kommenden Gewerkschaften geht aus Punkt 5 hervor, daß gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung der Arbeitsnachweise festgelegt ist. Aus diesem Grunde erhebt die hiesige Ortsgruppe christlicher Textilarbeiter entschieden Einspruch gegen Punkt 6 der Forderungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes und wünscht genaue Einhaltung der Abmachungen vom 15. November 1918.

Die Ortsgruppe christlicher Textilarbeiter Schiffbed.
J. A.: ergebenst gez. Alois Kleisel.
(Stempel)

Die Ortsgruppe polnischer Textilarbeiter Schiffbed schließt sich diesem Einspruch sinngemäß an.
J. A.: ergebenst gez. Leo Elskowski.

Hierzu wollen wir bemerken, daß es doch nur Forderungen waren und daß bei der Aufstellung dieser Forderungen sogar der Schreiber des Briefes, Kollege Kleisel, mitgewirkt und dabei kein Wort des Protestes gefunden hat. Um so mehr Befremden muß es bei unseren Mitgliedern erregen, wenn er aus dem Hinterhalt gegen uns seine „Pfeile“ abzuschießen wagt und sich über uns bei dem Arbeitgeber beklagt. Wir sind gewöhnt, mit offenem Visier zu kämpfen!

Neugersdorf. Am Donnerstag, den 15. Mai, fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Heidel referierte über die Bedeutung der diesjährigen Generalversammlung. Er führte aus, die diesjährige Generalversammlung stehe unter dem Einfluß gewaltiger Umwälzungen. Durch die Revolution bedingt entstanden die Arbeitergemeinschaften. Wir sind nicht mehr bloß die Gebuldeten, sondern als berufene Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft anerkannt. Die gelben Hilfsstruppen der Unternehmer haben ausgespielt und unsere Aufgabe muß es nun sein, reiflos zu organisieren. Wir können nicht mehr dulden, daß es noch Leute gibt, die zwar ernten aber nicht säen wollen. Die Kollektivverträge haben unser Arbeitsverhältnis auf eine stabile Grundlage gestellt, aber damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben, sondern wir müssen organisch weiterbauen. Die Betriebsräte dürfen nicht diktatorisch wirken; dieses wäre der Anfang vom Ende. Im übrigen haben sie aber eine wichtige Aufgabe zu erfüllen; denn es gilt unsere ganze Volkswirtschaft auf einer neuen Grundlage zu organisieren und diese muß die sozialistische sein. Die innere Organisation weist uns ein reiches Tätigkeitsfeld zu und die Generalversammlung wird dementsprechend Arbeit leisten müssen. — Die Gaulonferenz findet am 14. Juni in Bittau statt. Vorschläge zu Delegierten wurden keine gemacht, man überläßt es den anderen Orten, weil Neugersdorf durch den Gauvorstand hinreichend vertreten ist. Beim Quartalsbericht teilt Kollege Luke mit, daß unsere Mitgliederzahl ins siebente laufend geht.

Literatur.

Von der illustrierten Wochenchrift der Unabhängigen S. P. D. „Die Freie Welt“ geht uns soeben die dritte Nummer zu. Der Prolog gegen die des Wortes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg angelegten Offiziere ist als wichtigstes Tagesereignis besonders berücksichtigt worden. — Den Friedensverhandlungen in Versailles sind zahlreiche Aufnahmen gewidmet. Die Zeitschrift bringt außerdem die Fortsetzung von Leo Tolstois Roman: „Der Teufel“, einen Artikel der früheren Sozialassistentin Schwester Arendt über die Behandlung politischer Gefangener mit vielen Bildern, einen sozialpolitisch angelegten Aufsatz über die „Mutterchaft als Beruf“ und vieles andere. Die Zeitschrift erscheint im Verlag der „Freiheit“, Berlin, Schiffbauerdamm 19. Einzelnummer 20 Pf. durch alle Buchhandlungen und Zeitungsagenturen.

Der Auswanderer, Auskunftei und Nachschlagerwerk für deutsche Auswanderer. 4 Teile, je 1 Mk., bei Massenbezug 35—50 Proz. Nachsch. Verlag: Volksverlag für Politik und Verkehr, Stuttgart, Alexanderstraße 25.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 1. Juni, Mt der
22. Wochenbeitrag fällig.

Arbeitslosenzählung.
Sonnabend, den 31. Mai, ist Stichtag für die Arbeitslosenzählung. Die graue Karte ist einzusenden. Die Geschäftsführer und Filialkassierer werden gebeten, die ausgefüllte Karte sofort (am 31. Mai) einzusenden.

Der Vorstand.
Geschäftsführer-Gesuch.
Für die Filiale Bittau unseres Verbandes wird zum baldigen Antritt ein Geschäftsführer gesucht.

Kollegen, welche mit dem Verbandeslebens bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftgeübten, rechnerischen und rednerischen Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Süß, Berlin D. 27, Andreasstraße 61, II, bis zum 13. Juni dieses Jahres einzureichen. Zeugnisse und dergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit. Gehalt 1650 Mark pro Jahr, steigend jährlich um 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2300 Mk. Daneben wird eine Ortszulage von 120 Mk. pro Jahr gewährt. Außerdem kommt zurzeit eine Teuerungszulage von 240 Mk. pro Monat in Frage. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchentliche Kündigungsfrist.

Gesuch einer Hilfskraft.
Für die Filiale Chemnitz unseres Verbandes wird zum baldigen Antritt eine Hilfskraft gesucht.

Allgemeine Bedingungen wie oben. Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Süß, Berlin D. 27, Andreasstraße 61 II, bis zum 13. Juni dieses Jahres einzureichen. Gehalt 1650 Mk. pro Jahr, steigend jährlich um 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2300 Mk. Daneben wird eine Ortszulage von 180 Mk. pro Jahr gewährt, außerdem kommt zurzeit eine Teuerungszulage von 240 Mk. pro Monat in Frage.

Adressenänderungen.
Gau Düsseldorf. Hamm. V.: Anna Müller, Calderhofweg 45. K.: Fritz Endruschkeit, Schleppeweg 7.
Gau Augsburg. Burgau. V.: Joseph Fischer, Tellerstr. 304. K.: Alois Falkenegger, Augsburger Str. 304.
Gau Augsburg. Schreßheim. V.: Haber Huber, Mühlbau 62. K.: Johann Payer, No. 14.
Gau Gera. Saalfeld a. Saale. (Neu.) V.: Frau Müller, Augustastr. 2. K.: Frä. Helene Spindler, Klosterstraße 16.
Gau Plauen. Presse in Ob.-Fr. (Neu.) V.: Andreas Hoffmann, Nr. 40. K.: Johann Fittner, Burgstr. 79.

Zusammenkünfte.
Mitglieder-Versammlungen.
Berlin. (Sticker.) Freitag, 6. Juni, abends 8 Uhr, bei Elste, Wallstr. 62: Vertretungsmänner.
Frankenberg. Sonnabend, 7. Juni, 7 Uhr, bei „Viktoria“, Kanalstr. 68.
Magdeburg. Mittwoch, 4. Juni, im „Diamantbräu“, Berliner Straße.
Pößneck. Freitag, 6. Juni,

Fachlehrbücher I. Ranges

mit vielen Abbildungen. Handbuch der Weberei mit Stoffmustern 17. 64,85. Mech. Weberei 10,15. Handbuch d. Schlichterei 13,00. Die Weberei 21,50. Die Webereimaschinen 15. Die Rigogne- u. Streichgarnspinnerei 9,25. Die mechan. Baumwollspinnerei 10,75. Die Spinnerei 6. Textilmateriallehre 7,35. Die Kunstfaser 26,40. Mod. Färberei 26,70. Die Färbereipraxis 14,55. Färberei u. Bleicherei 23,55. Färben der Spinnfasern 5. Bleicherei haumwoll. Gewebe 61,35. Lohndreher 2. Webenbelfer 4,25. Handbuch für Kaufleute 13,50. 10 000 Rezepte und Verfahren zur Herstellung chemischer und technischer Artikel 48,20. Gegen Nachnahme L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin 373 C, Annenstr. 24.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 31. Mai
Verlag: Karl Süß. — Verantwortlicher Redakteur Paul Wagener. — Druck: Betriebs- und Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelegene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.